

**Sonder-Agrarministerkonferenz
am 12. Dezember 2012
in Berlin**

Ergebnisprotokoll

Vorsitz:
Minister Alexander Bonde
Ministerium für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz
Baden-Württemberg
Kernerplatz 10
70182 Stuttgart

**Sonder-Agrarministerkonferenz
am 12. Dezember 2012
in Berlin**

TOP: Vertagung der Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 - Auswirkungen auf die Gemeinsame Agrarpolitik und die Finanzierung der 1. und 2. Säule der GAP

Beschlussvorschlag:

1. Die Ministerinnen, Minister und Senatoren der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zu den Verhandlungen der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs über den Mehrjährigen Finanzrahmen zur Kenntnis.
2. Sie haben die Positionierungen des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs am 22. und 23. November 2012 in Brüssel zur Kenntnis genommen. Die zum Gipfel vom Präsidenten des Europäischen Rates vorgelegten Vorschläge sahen weitere Kürzungen zu Lasten der Landwirtschaft und der ländlichen Räume vor. Dies ist angesichts der demografischen Entwicklungen in den ländlichen Regionen sowie auf Grund des zunehmenden Handlungsbedarfs im Natur-, Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz sowie der weltweiten Ernährungssicherung und der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des EU-Agrarsektors unverhältnismäßig. Dies gibt Anlass zur Sorge, da das derzeit vorliegende Paket eine flächendeckende Landbewirtschaftung und die Zukunftsperspektiven der ländlichen Räume gefährdet.
3. Sie betonen, dass für die im Vorschlag des Präsidenten des Europäischen Rates vorgesehene finanzielle Sonderregelung zugunsten einiger Mitgliedstaaten in der 2. Säule keine Begründung zu erkennen ist und sie daher von ihnen abgelehnt wird.
4. Die Mittel der 1. und 2. Säule der GAP sind in bisheriger Höhe unverzichtbare Voraussetzung für eine den Herausforderungen gerecht werdende und gestaltende Förderpolitik. Die Förderprogramme der 2. Säule bauen auf der unverzichtbaren Kofinanzierung durch die EU auf, die die Basis und Voraussetzung für deren Programmierung und Umsetzung darstellt. Weder die Förderinstrumente für die

**Sonder-Agrarministerkonferenz
am 12. Dezember 2012
in Berlin**

Landwirtschaft noch die Fördermaßnahmen der 2. Säule dürfen daher eingeschränkt werden. Jeder Neuvorschlag zum künftigen EU-Haushalt muss sich an der bisherigen Höhe der Haushaltsrubrik 2 am EU-Haushalt orientieren. Das bestehende Verhältnis von 1. und 2. Säule ist beizubehalten

5. Die Ministerinnen, Minister und Senatoren der Agrarressorts der Länder bitten die Bundesregierung, sich mit Nachdruck für gleiche Kofinanzierungssätze aller EU-Fonds in einer Region sowie für die Anerkennung privater Mittel als nationale Kofinanzierung einzusetzen. Eine Schlechterstellung des ELER gegenüber den Strukturfonds und des EMFF ist nicht zu akzeptieren.
6. Sie halten für den MFR einen zeitnahen Beschluss zu Beginn des Jahres 2013 für erforderlich, um die notwendige Planungssicherheit für die Landwirte und ausreichend Zeit zur Erarbeitung der erforderlichen Fördergrundlagen zu erreichen. Ansonsten ist die Umsetzung der neuen GAP weder in der 1. noch in der 2. Säule rechtzeitig zum 1. Januar 2014 zu verwirklichen.
7. Sie bekräftigen nachdrücklich ihre Beschlüsse:
 - Zum Mehrjährigen Finanzrahmen auf der Agrarministerkonferenz vom 28. September 2012 in Schöntal, in dem die Bundesregierung gebeten wurde, sich für eine starke finanzielle Ausstattung der Rubrik 2 des Mehrjährigen Finanzrahmens "Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen" einzusetzen, die den großen und globalen Herausforderungen Rechnung trägt, vor denen die Landwirtschaft und die ländlichen Räume stehen. Sie weisen darauf hin, dass bereits mit dem KOM-Vorschlag für die Rubrik 2 des EU-Haushalts reale Kürzungen der Ansätze für die 1. und 2. Säule der GAP verbunden waren.
 - Zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 vom 28.10.2011 in Suhl und 28.09.2012 in Schöntal, in denen sie u. a. die Notwendigkeit einer effektiven und gleichzeitig nachhaltigen Landwirtschaft fordern.
8. Sie bitten das Vorsitzland, diesen Beschluss der Bundesregierung und der EU-Kommission zeitnah zu übersenden.